

Liechtensteiner Volksblatt



Abonnementspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.—, halbjährlich Fr. 7.—, vierteljährlich Fr. 3.80 Ausland halbj. Fr. 18.—, vierteljährlich Fr. 6.50, Amerika ganzl. Fr. 26.—. Postamtlich bestellt 30 Rp. Nachschlag Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Am (Rheintal) Tel. Nr. 731 60 Schriftleitung, Verwaltung: Vaduz, Telefon Nr. 43

Anzeigenpreise: die 1 spaltige Millimeterzelle Anzeigen-Reklame Inland 8 Rp. 10 Rp. Ausland 12 Rp. 15 Rp. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 7.5 Rp. 15 Rp. übrige Schweiz 9 Rp. 17 Rp. Ausland 10 Rp. 17 Rp.

Anzeigenannahmen für das Inland: Verwaltung des Blattes in Vaduz; Tel. Nr. 43 für das Rheintal, Schweiz und übriges Ausland Schweizer Annoncen A.G. St. Gallen, Tel. 2 35 30; u. übrige Zweigblätter

Organ für amtliche Kundmachungen

Das neue Jahr

Mit Gott ins neue Jahr! Gewiß, wir können mit dem vergangenen zufrieden sein. Schon deswegen, weil die geladene Atmosphäre gleich zu Beginn des Jahres sich nicht in einem Gewitter entlud. Denn als bald nach Jahresbeginn 1948 die Besprechungen der großen „Vier“ in London zur Sicherung des Weltfriedens ein so rasches Ende fanden, redeten und schrieben nicht nur die „ganz Weissen“ von einer neuen Weltkatastrophe, auch für den Bedächtigen mußte das plötzliche Volkengedächtnis am Weltfriedens gefährlicher Explosivstoff bedeuten. Es gibt auch bei Friedenswillen und Zurückhaltung Funken, die halt doch zünden könnten. Die Katastrophe ist ausgeblieben, aber das Jahr 1948 bedeutete doch Wendepunkt in einem ganz gefährlichen Sektor: Böden haben sich verstreut, und es wird herzhafte Aufgewühlte. Freilich soll damit vorläufig der Frieden gewahrt werden, das Leben in diesem Frieden ist aber nicht ohne Gefahr.

Bei uns in Liechtenstein verlief das Jahr 1948 ruhig, es stand sozusagen ganz unter der Ausrichtung der wirtschaftlichen Interessen des Volkes. Der Bau eines Kraftwerkes von der Ausdehnung des Saminawerkes nimmt ein kleines Volk von der Einwohnerzahl einer kleinen Stadt in Anspruch, der Ausbau des Straßennetzes ist ein wirtschaftliches Postulat, dem immer schon Bedeutung zugemessen wurde, und daneben liesen außer der unvermeidlichen Bewachung des Rheins und der Rufen die vielen kleinen Sachen, die ein Jahr im Ausbau der Gesetzgebung bringen kann. Gleichsam als Abschluß eines Vierteljahrhundert Zollvertrag mit der Schweiz hielt gegen das Jahresende der Grenzaußgleich im Süden unseres Landes die Gemüter in Spannung. Das Begehren stieß auf eine einheitliche Meinung im Lande, konnte aber nur einer höheren und weiter in die Zukunft reichenden Verantwortung unterstellt

werden. Das Jawort Liechtensteins zum Abkommen ist nur Fortsetzung von Liechtensteins Weg z. Schweiz, als deren „Felsvorsprung“ wir in der weltpolitischen Entwicklung am gesichertsten scheinen. Der Politiker an verantwortlicher Stelle wird diesen Weg weitergehen, den andere, auch wenn er vermeint Politikern zu sein, ist nicht wahr weder seinem Volke noch seinem Vaterlande gegenüber.

Politisch schlug das Jahr 1948 keine Wellen. Eine unrühmliche Ausnahme machte ein Kämpfer in der gegnerischen Presse im massiven Vorstoß gegen den Chef der fürstlichen Regierung. Er hat aber seine ungelungenen Boghandschuhe abgelegt, als ihm sein politischer Fehltritt keine Vorbeeren brachte. Der Liechtensteiner weiß ehrliche und verantwortungsvolle Arbeit heute vor Aufschneiderei wohl zu unterscheiden; in dieser Hinsicht denken sie alle gleich, ohne Unterschied der Partei.

Das neue Jahr wird nun wieder einmal das politische Kräftefeld bringen. Die Landtagswahlen stehen vor der Tür. Ein wenig Zugluft haben wir so übergehend im alten Jahr schon zu spüren bekommen. Dem Wähler konnte nicht entgehen, wie die Presse Vorworte aufsteckte und krampfhaft im Papierkorb der Vergangenheit kramte. Sie wies leider manche dunkle Seite auf, die kein Aufwand der Drucker-Schwärze mehr wird weismachen können. Das Volk wird in der Ausmarchung für seine Vertretung im Landtag dem Tatsächlichen sich zuwenden.

Am 18. Jänner werden es 250 Jahre seit dem Uebergang der Herrschaft Schellenberg an unser durchlauchtes Fürstenhaus. Eine kleine patriotische Feier soll die Erinnerung an dieses für unser Land ausschlaggebende Ereignis wachhalten.

scheinlich Eschen vor Venedern den Vorzug erhalten.

Abg. Marger Josef bemerkt, daß seinerzeit ein Organisationskomitee für diese 250-Jahrfeier gegründet worden sei, von dessen Tätigkeit man bisher allerdings nicht viel vernommen habe.

Abg. Sele Josef betont nochmals die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und Einigkeit. Man solle endlich diese Unterschiedsbegriffe zwischen Ober- und Unterland fallen lassen.

Abg. Hasler Johann Georg kann es nicht verstehen, daß man von Venedern als dem Ort der Feier abgehen wolle. Seiner Ansicht nach würde diese Feier auch am besten an die historische Stätte passen.

Präsident Strub erwähnt, daß es weniger Sache des Landtages sein dürfte, den Ort dieser Feier zu bestimmen, dies solle in erster Linie das hiefür bestimmte Komitee machen; dasselbe sei auch eher in der Lage, die Zweckmäßigkeit des Ortes näher zu überprüfen.

Wer also damit einverstanden sei, daß für die geplante 250-Jahrfeier des Unterlandes ein Kredit bis zu Fr. 20 000.— bewilligt werde, möge dies durch Hand erheben bezeugen.

Stimmungsergebnis: 14 Ja, 1 Nein.

Abg. Sele Josef kommt nochmals auf seine vorherigen Äußerungen zurück.

Regierungschef Frick erwidert ihm hierauf, daß er diese Sache augenscheinlich ganz falsch auffasse. Oberland und Unterland seien ganz einfach örtliche und historische Begriffe, die auch in unserer Verfassung verwendet würden. Jergendein Hintergedanke sei dabei wirklich nicht im Spiel.

Vizepräsident Dr. Ritter ist ebenfalls der Auffassung, daß der Abgeordnete Sele diese Angelegenheit falsch aufgefaßt habe, denn es handle sich ja tatsächlich um einen Erinnerungsakt an das Entstehen des Landes. Er würde sich dagegen verwehren, wenn man behaupten wollte, daß dies nur eine Unterländer-Angelegenheit sei.

Abg. Kindle Florian schließt sich hinsichtlich des Ortes der Feier den Abgeordneten Hasler Johann Georg und Marger Josef an und stellt fest, daß Venedern als historische Stätte der einzigen richtige Ort für diese Feier sei.

Regierungschef Frick nimmt Bezug auf die Ausführungen des Präsidenten und erwähnt ebenfalls, daß sich das Komitee mit der Ortsfrage befassen solle.

5. Gesetzesentwurf betreffend die verbotenen Spiele und Wetten

Präsident Strub verliest einen diesbezüglichen Antrag der Regierung. Daraufhin wird zur ersten Lesung des Gesetzesentwurfes betr. die verbotenen Spiele geschritten. Der Präsident stellt den Entwurf zur Diskussion.

Abg. Sele Josef vergleicht dieses Gesetz mit dem Antrag der Gemeinde Triesenberg auf die Schaffung einer Strafkolonie im Lande, nämlich, daß die Zweckmäßigkeit und Wirklichkeit genau so ungewiß sei, wie bei jedem Antrag. Wenn jemand eine Familie besitze und er sei ein Spieler, so habe man seiner Ansicht nach so lange kein Recht gegen seine Spielsucht einzugreifen, als die Familie nicht benachteiligt werde. Sofern die Familie durch die Spielsucht des Vaters oder Meters leide, sei es sogar Pflicht des Staates, einzugreifen.

Vizepräsident Dr. Ritter sei es klar, daß die alten Spielvorschriften nicht mehr genügen. Betreffs Artikel 1, Absatz 4 ersucht er um eine Erklärung, warum diese Bestimmung geschaffen wurde. Wenn die Regierung im Einzelfalle darüber entscheide, ob es sich um ein verbotenes Spiel handle oder nicht, so wird jeder Fehlbar sagen, daß das Spiel nicht verboten sei, da die Spiele ja nirgends in diesem Sinne namentlich aufgeführt sind. Der erste Satz müßte irgendwie abgeändert werden, sodas genau festgelegt würde, welche Spiele verboten seien.

Abg. Sele Josef erwähnt, daß es vielleicht den wenigsten Abgeordneten bekannt sei, war-

um dieser Gesetzesentwurf zur Vorlage komme. Er habe gehört, daß besonders Landes- und Gemeindeangestellte dem Spiele frönen. Er möchte wissen, wer verlangt habe, daß dieses Gesetz geschaffen werde.

Regierungschef Frick erwidert, daß Gesetze meistens aus einer dringenden Notwendigkeit entstehen. Man habe verschiedentlich in den Regierungssitzungen über die Auswüchse der Spielerei diskutiert. Was nun die Bemerkung d. Abgeordneten Sele wegen den Staats- und Gemeindebeamten anbelange, so handle es sich beileibe nicht nur um jene, sondern es gebe auch Gewerksleute, ja sogar Arbeiter, die ihren sauer verdienten Lohn verspielen. Es seien also alle Schichten vertreten. Man möchte auf alle Fälle diesen Dingen nicht ihren freien Lauf lassen. Man habe den Beweis, daß Geschäfte und Familien dem Ruin entgegengehen.

Abg. Beck Johann ist gleichfalls der Ansicht des Vizepräsidenten Dr. Ritter, daß man die zu verbietenden Arten von Spielen im Gesetz nennen müsse.

Abg. Hoop Franz entgegnet dem Abgeordneten Sele, daß es auch oft vorkomme, daß Frauen von Arbeitern bei der Regierung um Unterstützung ansuchen und dabei angeben, daß der Mann in einer durchzechten Nacht alles verspielt habe. Dies sei ebenfalls ein Hauptgrund zur Abänderung des Gesetzes betreffend die verbotenen Spiele und Wetten gewesen.

Abg. Kindle Florian schlägt vor, daß man auch die Höhe des äußerst erlaubten Einsatzes genau angeben solle, sonst wisse der Fehlbar nicht, wann er sich eigentlich gegen das Gesetz verberge.

Abg. Sele Josef freut sich, daß er wenigstens erreicht habe, vom Abgeordneten Franz Hoop den Grund zur Abänderung des Gesetzes über die verbotenen Spiele und Wetten zu erfahren. Es freue ihn, daß die Regierung endlich daraufgekommen sei, daß die Beamten, Angestellten und Weibel ganze Nächte durchspielen.

Abg. Elkuch Philipp ist der Ansicht, daß man den leidenschaftlichen Spielern wahrscheinlich das Handwerk schwer legen könne.

Abg. Wille Alois antwortet dem Abgeordneten Elkuch, daß sich die Regierung bewußt sei, daß sie nicht alle verbotenen Spiele entdecke und die Spieler bestrafen könne, aber sie wolle wenigstens das Mögliche tun.

Präsident Strub ersucht den Abgeordneten Kindle, seinen Vorschlag betr. Höhe des Einsatzes mehr zu präzisieren.

Abg. Kindle Florian ist der Auffassung, daß der Betrag nur bei solchen Spielen festgesetzt werden sollte, die nicht direkt verboten sind. Gewisse Spiele sollen ausdrücklich verboten sein und bei normalen Spielen der zu hohe Einsatz.

Präsident Strub erwähnt, daß der erste Vorschlag der Regierung, ein Einsatz von Fr. 2.— als Höchstgrenze für die erlaubten Spiele, gelautet habe.

Regierungschef Frick äußert sich, daß sich die Festsetzung eines Höchstinsatzes gerade als schwacher Punkt des Gesetzes erweise. Wenn die Spieler im Dilemma seien, erfänden sie einfach wieder neue Spiele. Der Regierungschef zählt nochmals die Bestimmungen der früheren Gesetze über die verbotenen Spiele auf. Er fragt sich, ob es vielleicht nicht besser wäre, den Entwurf nochmals dem Landrichter zur Stellungnahme zu unterbreiten.

Abg. Sele Josef ist sich nicht klar darüber, warum neue gesetzliche Bestimmungen über die verbotenen Spiele und Wetten geschaffen werden, wenn doch schon solche bestehen.

Regierungschef Frick erwidert, daß bisher nur die Hazardspiele verboten gewesen seien, während bei den normalen Spielen der Einsatz nicht beschränkt gewesen sei.

Vizepräsident Dr. Ritter hält dafür, daß es sehr schwer sei, sich auf einen bestimmten Betrag festzulegen. Es komme in erster Linie auf

Protokoll über die Öffentliche Landtagssitzung

13. Dezember 1948

4. 250-Jahrfeier des Unterlandes

Präsident Strub bringt dem Landtag den bezüglichen Antrag der Regierung und der Finanzkommission zur Kenntnis und eröffnet die Diskussion über diesen Punkt.

Abg. Spädler Eugen ist der Ansicht, daß diese Feier zu Recht bestche. Selbstverständlich werde dieser Anlaß nicht zu luxuriös aufgezo-gen werden, doch soll er den Rahmen erhalten, der ihm gebühre.

Regierungschef Frick bemerkt, daß der Kredit von Fr. 20 000.— auf den ersten Anblick ziemlich hoch erscheine. Man habe jedoch diesen Betrag bei der Regierung überschlagsmäßig durchkalkuliert und sei zur Ansicht gekommen, daß man diese Summe benötigen werde. Es habe keinen Zweck, heute eventuell einen kleineren Kredit anzusetzen, wenn er nachher doch überschritten werden müßte. Außerdem sei er auch der Ansicht, daß diese 250-Jahrfeier als Erinnerung an den Uebergang der unteren Landschaft an das Fürstenhaus von Liechtenstein in würdigem Rahmen begangen werden sollte.

Abg. Sele Josef vertritt die Auffassung, daß man daraus eine gesamtlichtensteinerische Feier mache und nicht bei dieser Gelegenheit wieder Unterland und Oberland betone und eventuell sogar noch aneinander ausspiele.

Abg. Brunhart Heinrich erwähnt, daß er nicht gegen die Gewährung dieses Kredites von Fr. 20 000.— sei, aber es tue einem Badner weh, wenn er in der Tagesordnung Punkt 1 und Punkt 5 vergleiche. Nachdem Punkt 1 im Konferenzzimmer behandelt und besprochen werden soll, so wolle er sich daran halten, nur möchte er die Abgeordneten ersuchen, die Vertreter der Gemeinde Badzers zu verstehen, un-

ihnen dann, wenn Punkt 1 — also die Ellhornfrage — behandelt werde, in allen Belangen das größte Verständnis entgegenzubringen.

Vizepräsident Dr. Ritter verleiht seiner Ansicht Ausdruck, daß im Landtag sonst allgemeines Einverständnis darüber herrsche, daß diese 250-Jahrfeier nicht nur ein Unterländer-Anlaß sei, sondern ein gesamtlichtensteinerischer und daß diese Feier entsprechend gewürdigt werde. Jeder Liechtensteiner werde sich sicher an diesem Tage mit den Unterländern freuen und sich aufs engste mit ihnen verbunden fühlen.

Abg. Spädler Eugen unterstützt die Ausführungen des Vizepräsidenten Dr. Ritter und erwidert dem Abgeordneten Sele, daß dieser Anlaß auch im Unterland selbstverständlich als gesamtlichtensteinerische Feier gedacht sei und nicht nur als eine separate Feier des Unterlandes.

Abg. Hoop Franz spricht sich ebenfalls in diesem Sinne aus und fügt noch bei, daß im letzten Kriege viele Länder schwer betroffen worden und verschiedene sogar auf den Karten gänzlich verschwunden seien, während unser Land von jeder schweren Prüfung verschont geblieben sei. Es sei uns deshalb eine besondere Freude, diese historische Feier im Geiste der Einigkeit zu begehen.

Abg. Marger Josef fragt an, ob schon endgültig bestimmt worden sei, wo die Feier stattfinden soll.

Regierungschef A. Frick antwortet hierauf, daß der Abgeordnete Marger ja an der Sitzung teilgenommen habe, wo diese Frage besprochen worden sei. Eine endgültige Festlegung habe noch nicht stattgefunden. Man neige heute jedoch dazu, die kirchliche und die weltliche Feier zusammenzulegen, es dürfte wahr-